

Gegen Hass im Netz

Hass und Gewalt werden in Deutschland mittlerweile auf drastische Weise nach außen getragen. Ziel ist offenbar Angst und Einschüchterung Andersdenkender zu erzeugen. Solches Handeln ist eine Gefahr, untergräbt das Vertrauen in den Staat und soll mutmaßlich eigenen politischen Verhältnissen den Weg bereiten. Das Ausmaß dieser Phänomene ist inzwischen besorgniserregend und bereitet den Boden für reale Taten, wie wir zuletzt in Halle oder bei dem Mordfall Lübke erleben mussten.

Der Landesvorstand Hamburg

Auch wir als Polizei erleben täglich, welche Folgen die immer weiter fortschreitende Spaltung der Gesellschaft und die Radikalisierung haben. Das gesellschaftliche Klima wird heißer. Wir erleben immer öfter politisch motivierte Straftaten, von denen mehr als die Hälfte eine rechte Motivlage haben. Insbesondere beunruhigt uns, dass auch die Zahl der Gewalttaten steigt.

Alle Zahlen deuten darauf hin, dass die Gefahr von Rechts größer wird. Wir haben beim NSU und zuletzt im Fall Lübke erleben müssen, dass dies bis hin zu Tötungsdelikten reicht. Es muss klar ausgesprochen werden, dass es in unserer Gesellschaft auch verfestigte fremdenfeindliche Ansichten gibt. Immer wieder hören wir von Hasskriminalität und Morddrohungen, auch gegen Kommunalpolitiker, die sich anschließend mit dem Gedanken tragen, ihre Ehrenämter niederzulegen. Manche lassen es nicht bei Überlegungen, sondern ziehen Konsequenzen aus der für sie unerträglichen Situation. Auch von Links erleben wir diese Einschüchterungsversuche, wie

wir kürzlich bei dem Anschlag auf das Fahrzeug des Innensenators erleben mussten. Hier müssen alle gesellschaftlichen Alarmglocken schrillen, denn diese Taten haben ein demokratiegefährdendes Ausmaß erreicht. Angst ist der schlechteste Grund, das Engagement für eine bessere Gesellschaft einzustellen.

Und die Gesellschaft ist hier gefordert, denen, die sich einbringen, den Rücken zu stärken. Zu oft sind Mordanschläge nur knapp gescheitert, im Fall Lübke hat ein Mensch sein gesellschaftliches Engagement mit dem Leben bezahlt.

„Angst ist der schlechteste Grund, das Engagement für eine bessere Gesellschaft einzustellen.“

Welche Folgen teilweise anonyme Aufrufe im Netz haben, haben wir jüngst auch bei den Ausschreitungen in Leipzig gesehen. Insbesondere bei den Ausschreitungen im Zu-



sammenhang mit dem „Indymedia-Prozess“, bei denen es einigen Straftätern genau darum gehen dürfte, eine anonyme Plattform zur Hetze und zu Gewaltaufrufen zu erhalten.

Auch die vielen losen Netzwerke der Rechten stellen die Ermittlungsbehörden vor ein Problem. Der Täter von Halle war dem Vernehmen nach vorher in keiner Weise polizeilich in Erscheinung getreten. Ebenso war ein großer Teil derer, die nach Straftaten gegen Asylunterkünfte ermittelt wurden, zuvor nie polizeilich auffällig geworden. Es muss also darum gehen, die Methoden zur Entdeckung von Gefährdern zu verbessern, wie es in anderen Bereichen auch üblich ist. Das bedeutet auch, dass Polizei mit wissenschaftlichen Erkenntnissen arbeiten und sich entsprechende wissenschaftliche Expertisen aneignen muss, wie es zum Beispiel im Bereich der städtebaulichen Kriminalprävention praktiziert wird.

Auch bei islamistischen Tätern haben wir in der Vergangenheit erlebt, dass diese bereits delinquentes Verhalten zeigte hatten, insbesondere auch mit Taten aus dem Bereich der Alltagskriminalität. Wir müssen also in die Lage versetzt werden, bei erkannten Straftätern genauer hinzusehen. Ideologisch motivierte Schranken und Vorwürfe



„Wir müssen die effektiv schützen, die die einen Beitrag zu unserer Demokratie leisten. Ein Angriff auf Politiker ist ein Angriff auf uns alle.“

sind hier gelebter Täterschutz. Wir müssen vor die Lage kommen.

Es bleiben aber jene Täter, die polizeilich zuvor nicht in Erscheinung getreten sind, sich aber radikalisiert haben. Auch hier muss die Polizei besser in die Lage versetzt werden, solche Täter zu erkennen. Aus unserer Sicht sind hier die sozialen Netzwerke besonders in den Fokus zu nehmen. Viel zu oft wird hier mehr Meinung als Ahnung transportiert und viel zu oft bleiben hasserfüllte Beiträge unreflektiert im Netz und tragen ihren Teil zur Radikalisierung bei. Es muss gelingen, die geistigen Brandstifter aus der Anonymität zu holen.

Im analogen Leben praktiziert die Polizei diese Taktik tagtäglich im Bereich von gefahrenabwehrrechtlichen Maßnahmen. Es ist an der Zeit, dass Polizei diese erprobten Maßnahmen und Methoden auch in die digitale Welt überführen kann. Durch eine Aufhellung dieser Bereiche wird auch das Erkennen relevanter Strukturen und relevanter Netzwerke erleichtert.

Es ist bekannt, dass Radikale sog. Feindeslisten erstellt haben und über Fotoarchive verfügen. Allein das Wissen darum, auf einer solchen Liste zu stehen, schüchtert ein. Erst recht, wenn Adressen von vermeintlich relevanten Personen im Netz veröffentlicht werden. Wir müssen uns genau fragen, ob unsere aktuellen Strafgesetze ausreichen, um auf solche Taten reagieren zu können. Wir müssen klar feststellen, dass das Internet und die sozialen Netzwerke eine riesige Bühne für extremistische Propaganda sind, die, teilweise gut getarnt, auch den Anschluss an die bürgerliche Mitte suchen und hier Sympathisanten finden.

Es muss Aufgabe des Staates sein, sich diesen Gefährdern auf genau diesem Feld entgegenzustellen. Dazu muss die Polizei aber personell und rechtlich auch in die Lage versetzt werden, diese Aufgabe zu erfüllen. Wir müssen uns Hetze und Verschwörungstheorien, auch und insbesondere im Netz, entschlossen entgegenstellen, die Täter aus der Anonymität holen und sie im analogen Leben mit ihren Taten konfrontieren. Viele Täter haben offenbar den Eindruck, das Internet sei ein rechtsfreier Raum, in dem ungestraft gehetzt und Propaganda verbreitet werden darf und in dem straffrei zu Straftaten angestiftet werden

darf. Wir müssen klarmachen: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum!

Das geltende Recht muss im Internet konsequent durchgesetzt werden! So wie ein Stadtbild die subjektive Sicherheit einschränken kann, kann es die virtuelle Welt auch. Wir müssen vor allem bei der jungen Generation deutlich machen, dass die Grenzen zwischen virtueller und analoger Welt fließend sind. Deshalb ist es umso mehr unser Auftrag, auch in der virtuellen Welt für Sicherheit zu sorgen. Es geht darum, die digitale Welt genauso schützen wie die analoge Welt. Wir müssen die Täter mit aller Konsequenz ermitteln und zur Rechenschaft ziehen.

Damit wir das erreichen, müssen wir auch über Speicherfristen und Mitteilungspflichten bei den Anbietern digitaler Kommunikation sprechen und auch hier die von Misstrauen gegen den Staat geprägte ideolo-

„Nur mit den notwendigen rechtlichen und personellen Ressourcen kann es gelingen, dass die Polizei vor der Tür steht, wenn der Täter anonym im Netz hetzt.“

gische Brille ablegen.

Immer wieder gibt es den Vorwurf, private Rechercheverbände würden die tatsächliche Aufklärung gegen Rechts betreiben und die Behörden seien auf dem rechten Auge blind. Das ist nicht so! Aber eventuell können die privaten „Ermittler“ auf Unterlagen zurückgreifen, die Behörden schon lange löschen mussten. Hier wird stringenter Datenschutz zum Problem und wirft ein falsches und fatales Bild auf die Ermittlungsbehörden.

Um es nochmals deutlich zu sagen: Es geht hier um die Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Nur mit den notwendigen rechtlichen und personellen Ressourcen kann es gelingen, dass die Polizei vor der Tür steht, wenn der Täter anonym im Netz gehetzt hat.

Wir sind uns bewusst, dass eine Menge Arbeit auf die Polizei zukommen wird, wie wir es auch aus dem Bereich des Betruges im Internet kennen. Aber unsere offene Gesellschaft sollte uns diese Anstrengung wert

sein. Wenn die Täter staatliche Reaktionen im realen Leben spüren, werden die Taten zurückgehen. Davon sind wir überzeugt.

Über die sozialen Netzwerke erleben die Bürger/-innen Drohungen und Gewalt in nie zuvor gekannter Geschwindigkeit, aber auch oft, ohne dass die Ereignisse von Journalisten genau recherchiert werden konnten. Einschüchterung und die Angst bereiten den Boden für rechte Kräfte. Nicht selten erscheint der Staat machtlos oder passiv. Dadurch verliert der Staat an Vertrauen und der Rechtsstaat riskiert seine Anerkennung. Diese Probleme kennen wir in der analogen Welt in dem Bereich der sog. Clan-Kriminalität und bei vermeintlichen No-Go-Areas. Auch in diesen Bereichen hat der Staat angemessen reagiert. Wir müssen diesen Weg auch im Netz gehen.

Bei vielen Nutzern der sozialen Netzwerke entsteht gelegentlich der Eindruck, die Meinungsfreiheit würde eingeschränkt. Tatsächlich ist das Unsinn. Es gibt keine staatliche Zensur. Aber ein Shitstorm mit seinen verheerenden Wirkungen im persönlichen Umfeld kann dazu führen, dass Menschen sich einfach nicht mehr trauen, ihre Meinung zu sagen. Und wenn Menschen Hass und Hämefürchten, verliert auch der Staat Vertrauen. Oft wird hier zwischen Gegenrede und Einschränkung der Meinungsfreiheit nicht unterschieden. Das Ergebnis ist verheerend. Werden Erfahrungen als Einschränkung der Meinungsfreiheit wahrgenommen, sind diese Erfahrungen für uns tatsächlich relevant und müssen aufgearbeitet werden. Relevant für unser Rechtssystem wird es spätestens dann, wenn Menschen sich vor Repressalien im Netz fürchten und wenn sie rechter Hetze im Netz ausgeliefert sind.

Deshalb müssen wir die effektiv schützen, die einen Beitrag zu unserer Demokratie leisten, indem sie ein politisches Ehrenamt ausfüllen. Ein Angriff auf Politiker ist ein Angriff auf uns alle. Es muss jedem klar sein, dass Meinungsfreiheit seine Grenzen in den Strafgesetzen findet. Wo diese Grenze überschritten wird, muss der Staat wahrnehmbar reagieren, damit sich alle Bürgerinnen und Bürger trauen, ihre Meinung zu sagen und zur Meinungsfindung beizutragen. Nur so verhindern wir, dass besonders laute politische Ränder die Meinungshoheit im Netz übernehmen.



... von Freunden empfohlen



Nordamerika
Letztmalig Im
Herbst



New York, Florida & Karibik mit AIDAluna

September bis Oktober 2020

14 Tage ab/bis New York

ab **2.099 €*** p. P. inkl. Flug



Von New York nach Montreal mit AIDAdiva

September bis Oktober 2020

10 Tage ab New York bis Montreal

ab **1.849 €*** p. P. inkl. Flug

Entdecken Sie Ihre Lieblingsroute und erfüllen Sie sich diesen Herbst Ihren amerikaer unvergessliche Momente an Bord und an Land auf Sie.

Wir freuen uns auf Sie!
Polizeisozialwerk Hamburg GmbH
Hindenburgstr. 49
22297 Hamburg
Tel: 040 / 28 08 96 22
Fax: 040 / 28 08 96 27
Mail: psw-reisen-hamburg@gdp.de
www.psw-hamburg.de





„Das Internet ist kein rechtsfreier Raum!“



Wir brauchen offene Debatten. Und diese Diskussionen müssen überprüfbare Fakten als Grundlage haben. Daher hat handwerklich gut gemachter Journalismus eine wichtige Aufgabe in unserer Gesellschaft. Im Netz ist oft Meinung ohne Ahnung Programm, auf der Jagd nach der größten Aufmerksamkeit und den meisten Clicks. Mit der Wahrheit und mit Hintergründen setzen sich in dieser schnelllebigen Welt viele Menschen nicht mehr auseinander. Das dürfen wir nicht zulassen und die sogenannte „Vierte Gewalt“ muss alles daransetzen, sich in dieser Phase Gehör zu verschaffen. Sie muss aber kritischen Überprüfungen, gerade auch aufgrund dieser großen Verantwortung standhalten und sich diesen Überprüfungen stellen. Glaubwürdigkeit ist auch hier die Währung.

Auch Exekutive und Legislative müssen sich der neuen Welt stellen. Es gibt klare Linien zwischen Meinungsfreiheit und Strafbarkeit. Diese Linien müssen klar definiert und auch durchgesetzt werden. Es bedarf auch einer Bestandsaufnahme, ob unsere Gesetze in der neuen und digitalen Welt an-

gekommen sind und einer klaren Analyse, wo nachjustiert werden muss.

So können wir verhindern, dass Hetzer ihr Gift für die Demokratie weiter ungehindert im Netz versprühen und damit unsere freiheitlich demokratische Grundordnung beschädigen können. Der Staat muss sich diesen Zersetzungsprozessen entschlossen entgegenstellen und die Täter namhaft machen. Das wird seine Wirkung nicht verfehlen.

Und wir müssen auch genau hinsehen, was in unseren eigenen Reihen passiert. Der Polizeiberuf ist persönlich besonders anspruchsvoll. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten oft an den Bruchkanten der Gesellschaft. Am inneren Kompass müssen wir uns auch messen lassen. Hier sind Führung und Politik gefragt, die Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen. Vor allem da, wo Kolleginnen und Kollegen jahrelang in Brennpunkten ihren Dienst versehen. Es geht darum zu unterstützen, aber auch darum, konsequent zu reagieren, wenn der innere Kompass nicht mehr richtig funktioniert. Der Einsatz an den Bruchkanten der

Gesellschaft darf nicht zu einem desillusionierten Weltbild mit den entsprechenden Folgen führen. Hier muss Führung echte Fürsorge leben und richtungsweisend tätig sein.

Elementar wichtig ist aber auch die Rückendeckung der politischen Verantwortungsträger, besonders dann, wenn es mal nicht um schöne Bilder am „Tag der offenen Tür“ geht. Wir erwarten, dass die Verantwortungsträger auch in stürmischen Zeiten an der Seite der Kolleginnen und Kollegen stehen und somit eine handlungsfähige Polizei erhalten. Es geht nicht darum, Fehlverhalten zu decken, sondern problematische Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und Konsequenzen zu ziehen. Fehlverhalten muss klar benannt und Missstände müssen abgestellt werden. Das kann auch eine Hilfestellung sein.

Nochmals sei darauf hingewiesen, dass aus unserer Sicht die digitale Welt besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Wir müssen geistige Brandstifter aus der Anonymität holen und mit ihrem Verhalten konfrontieren. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, hier zu intervenieren. Nicht nur Polizei und Justiz sind gefragt. Den besonderen Auftrag der Presse haben wir schon beschrieben. Es gibt aber weitere Akteure, die sich besonders der rechten Hetze entgegenstellen müssen: Schulen, Vereine und jeder Demokrat am Arbeitsplatz.

Es geht um Bildung, aber auch um Gegenrede, wenn verallgemeinert und gehetzt wird. Unsere Demokratie ist es wert, dass wir für sie kämpfen. Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Wir wollen weiter in einer offenen rechtsstaatlichen Gesellschaft leben, wir wollen uns für die Werte, aber auch für die Einhaltung der Gesetze einsetzen. Wir wollen eine faktenbasierte Berichterstattung und die Möglichkeit, dass sich jeder Bürger gut informieren kann. Wir müssen die Mitte der Gesellschaft stärken und uns den extremen Rändern entgegenstellen. Wir wollen ein lebenswertes Deutschland, für alle Bürgerinnen und Bürger, die sich zum Wohle unseres Zusammenlebens einbringen. Dafür setzen wir uns ein, 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche und 365 Tage im Jahr.

Macht mit, bewahrt die freiheitlich demokratische Grundordnung! "Stay calm and carry on". ■



„Unsere Feststellungen zeigen, dass Vermummte gewaltbereit sind!“

VERMUMMUNGSVERBOT

Grüne denken um: Vermummung auf Versammlungen soll eine Straftat bleiben

Der Prozess, der durch die Bewertung der innenpolitischen Wahlziele der Grünen durch die GdP Hamburg angestoßen wurde, hat nun zu einer in sich kritischeren Betrachtung der eigenen, grünen Position geführt.

Der Landesvorstand

Horst Niens, Landesvorsitzender der GdP Hamburg: „Wir haben in den letzten Tagen viel Gegenwind bekommen, als wir uns zu verschiedenen Wahlprogrammen geäußert haben. Das Diskussionsklima war und ist sehr aufgeheizt. Dass wir beim Thema Vermummungsverbot jetzt ein Umdenken wahrnehmen, macht deutlich, dass unsere Argumente gehört und verstanden wurden. Das ist vernünftig.“

Horst Niens weiter: „Unsere Feststellungen zeigen, dass Vermummte gewaltbereit sind. Wir sind davon überzeugt, dass man in Hamburg und in Deutschland mit offenem Gesicht für seine Meinung eintreten kann. Auch dafür setzen sich unsere Kolleginnen und Kollegen tagtäglich ein. Wir sind froh, dass sie sich nun offenbar diesem Experiment der Grünen nicht mehr aussetzen sollen.“

„Wir sind davon überzeugt, dass dies auch in der Frage der Notwendigkeit eines unabhängigen Polizeibeauftragten notwendig ist“, stellt Horst Niens weiter fest. „Wer sich in dieser Weise als im Senat beteiligte Partei parteipolitisch aufstellt, ohne vorher das Gespräch mit der Polizei und den Gewerkschaften zu suchen, muss sich gefallen lassen, dass Kritik deutlich und konstruktiv ausgesprochen wird. Wir begrüßen jede Bemühung und setzen auf einen Konsens, der durch frühe Beteiligung zu mehr Verständnis auf allen Seiten führt.“

Horst Niens: „Für Gespräche und ausführliche Diskussionen stehen wir bereit, Themen gibt es auf jeden Fall noch genug. Der Blick in das Wahlprogramm der Grünen hat dies ausdrücklich bewiesen. Vielleicht denken die Grünen auch bei der Forderung nach einem Polizeibeauftragten noch einmal darüber nach. Dem neuen Senat wünschen wir auch in dieser Frage das nötige Fingerspitzengefühl, um eben gerade keine Klientelpolitik zu betreiben. Zur ganzen Stadt gehört auch die Verantwortung für alle.“ ■

„Die GdP Hamburg freut sich, dass unsere Argumente zum Vermummungsverbot gehört wurden. In Zeiten, in denen die Debatten aufgeheizt sind ist es gut, wenn man sich gegenseitig zuhört. So sollte es sein. Wir stehen für weitere Gespräche zur Verfügung!“

Horst Niens, GdP Hamburg



**Gewerkschaft
der Polizei**
Hamburg



**Notdienst der
Glaser-Innung Hamburg**
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60**



Firmenungebundene
Auftragsannahme



”Termine bei Budnikowsky und der Hafenslotsenbruderschaft

Spannende Besichtigungen für alle Mitglieder

Wie in den letzten Jahren bietet die GdP Hamburg durch die Initiative des Fachbereichs Senioren für alle interessierten Mitglieder verschiedene interessante Führungen und Besichtigungen an.

Führung durch das Logistikzentrum Budnikowsky

Bei einem Rundgang erhalten wir einen Einblick in das vollautomatische Hochregallager und verfolgen den Weg der Waren vom Eingang bis zum Versand. Am Donnerstag, dem **26. März 2020, von 11 Uhr bis ca. 12:30 Uhr.**

Wir treffen uns um 10:45 Uhr vor dem Eingang, Hermann-Wüsthoff-Ring 20, 21035 Hamburg. Die Teilnahme ist kostenlos. Parkplätze sind vorhanden. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln fährt ihr mit der S 21 bis Billwerder-Moorfleet, dann mit dem Bus 230 Richtung Mittlerer Landweg bis zur Haltestelle Rungedamm (Nord). Von dort sind es wenige Minuten Fußweg.

Bitte meldet euch bis zum 16. März 2020 in der GdP-Geschäftsstelle per E-Mail: gdp-hamburg@gdp.de oder telefonisch unter 0 40/28 08 96-0, an.

Besuch der Hafenslotsenbruderschaft

Wir erfahren hier Interessantes über die Aufgaben der Hafenslotsenbruderschaft im Hamburger Hafen. Diese ist ein Bindeglied zwischen Seemannschaft und Schiffstechnik, zwischen Schiff und Land, zwischen allen im Hafen beteiligten Menschen.

Wir treffen uns am Dienstag, dem **21. April 2020, um 10:15 Uhr**, Landungsbrücken, vor Brücke 3. Wir fahren gemeinsam mit der Fähre 62 zum Anleger Bubendey. Auf dem ca. 250 Meter langen Weg bis zur Lotsenstation

erhalten wir schon die ersten Informationen. Diese Veranstaltung dauert zwischen zwei

und drei Stunden. Die Hafenslotsenbruderschaft befindet sich Bubendeyweg 30, 21129 Hamburg. Es stehen dort nur einige wenige Parkplätze zur Verfügung. Der Teilnahmebeitrag beträgt pro Person 6 Euro. Bitte meldet euch bis zum 9. April in der GdP Geschäftsstelle an. Nach der Anmeldung überweist bitte den Teilnahmebeitrag von 6 Euro umgehend auf das Konto der GdP bei der Commerzbank, IBAN: DE 68 3004 0000 0633 1342 00, unter dem Stichwort „Besuch der Hafenslotsenbruderschaft“.

Siglinde Stratmann, Seniorenvorstand

Gute oder schlechte Polizistinnen und Polizisten definieren wir nicht nach der Herkunft! Die GdP Hamburg steht für eine weltoffene Polizei in einer weltoffenen Stadt!



Gewerkschaft der Polizei
Hamburg





„Ein aktiver Beitrag ist es, die eigene Sichtbarkeit durch helle Kleidung und Reflexmaterial zu erhöhen.“

Der Seniorenbeauftragte der Polizei in der Mitgliederversammlung

Michael Rath

Seniorenvorstand, Hamburg

Am 14. Januar 2020 trafen wir uns zu der ersten Sitzung in 2020 in der Kantine des Polizeipräsidiums. Nach anfänglichem Klönen mit Rückblick auf die Weihnachtstage und Silvester begann um 15 Uhr die gut besuchte Versammlung mit der allgemeinen Begrüßung durch unsere Vorsitzende und der Ankündigung des Vortrages des Seniorenbeauftragten Jörg Nased und seiner Kollegin Alexandra Engler von VD 6 zum Thema Verkehrssicherheit im Allgemeinen und im Speziellen für Senioren.

Der Vortrag öffnete mit einer kurzen gelungenen musikalischen Darbietung und der Geschichte des imaginären durch eine Puppe dargestellten Herrn Maschke, der aufgrund seiner Unvorsichtigkeit und der schweren Erkennbarkeit im Dunkeln unachtsam die Fahrbahn überquerte, im Krankenhaus wieder erwachte und durch Nachdenken die Erkenntnis gewann, durch angemessene sichtbare Kleidung einen eigenen Beitrag zur Sicherheit im Verkehr leisten zu können.

Mit dieser gelungenen und lustig dargestellten Einstimmung leitete Kollege Nased

zu den Hauptursachen für Verkehrsunfälle über, führend hier das unachtsame Überqueren von Fahrbahnen und die oft nicht ausreichende Sichtbarkeit der Fußgänger. Hier würden helle Kleidung und Reflexmaterialien, die es in vielen Formen von Garn, Aufnähern und Taschen gäbe, sehr hilfreich für die eigene Sicherheit sein. Darüber hinaus berichteten die Kollegen noch zu speziellen Problemen, die das zunehmende Alter mit sich brächten und direkte Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit hätten und deren Nichtbeachtung Verkehrsunfälle nach sich ziehen. Dazu gehörten mit der Abnahme der Fähigkeit Geschwindigkeit einzuschätzen, auch das Fernsichtsehen, die Problematik durch einzelne oder auch mehrere Medikamente mit daraus resultierenden Neben- oder Wechselwirkungen und oft auch die fehlende Einsicht für Vorsorgeuntersuchung, nicht nur der Sehkraft. Hier gelte der Grundsatz, dass die Fahrfähigkeit nicht gleichzusetzen sei mit der Fahrtüchtigkeit. Die Kollegen sind unter der Telefonnummer 0 40/4 28 65 54 55 zu erreichen und



beantworten gerne Fragen zum Thema Verkehrssicherheit.

Nach weiteren allgemeinen Informationen zur Verkehrsplanung und verkehrsbezogenen Stadtentwicklung wurden zahlreiche Fragen aus dem Plenum beantwortet. Die Teilnehmer hatten dann noch Gelegenheit, zahlreiche ausgestellte themenbezogene Flyer und Broschüren zur Vertiefung mitzunehmen.

Zum Abschluss der Versammlung berichtete Gundula Thiele-Heckel von der Ehrung der Jubilare vom 13. Januar 2020 und über anstehende Termine und Sitzungen im Februar.

Es war wieder ein sehr kurzweiliger und gelungener Nachmittag. ■

Ankündigung Mitgliederversammlung

Wir möchten Euch, liebe Mitglieder des Fachbereichs Senioren, zur unserer Mitgliederversammlung am Dienstag, dem **10. März, um 15 Uhr** in das Personalrestaurant des Polizeipräsidiums herzlich einladen.

Wie Ihr bestimmt schon durch die vielen Vorankündigungen zur Kenntnis genommen habt, hat sich mit dem 1. Februar 2020 einiges in den Beihilfevorschriften geändert. Das Angebot zur Teilnahme an einer Informationsveranstaltung am 11. Februar dieses

Jahres haben zahlreiche Kolleginnen und Kollegen genutzt. Dennoch war es einigen bestimmt nicht möglich, dieser Veranstaltung beizuwohnen oder es sind erst im Anschluss weitere Fragen bei Euch aufgetaucht.

Aus diesem Grunde haben wir die ZPD noch einmal gebeten, in unsere Mitgliederversammlung zu kommen. Frau Busch wird uns also besuchen und uns alle Änderungen in der Beihilfe erläutern und gern die vielen Fragen beantworten. Dafür danken wir nicht nur ihr,

sondern auch Herrn Röder von der ZPD-Beihilfe, der dieses so kurzfristig für unsere Mitglieder möglich gemacht hat. Eingeladen zu dieser Mitgliederversammlung sind natürlich auch die Kolleginnen und Kollegen, die bereits für ihre Familien Beihilfe einreichen und sich über die Neuerungen informieren möchten.

Wir freuen uns wieder auf eine gut besuchte Veranstaltung. ■

Gundula Thiele-Heckel,
Fachbereichsvorsitzende Senioren



Hinweise für unsere Mitglieder

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25-j. und 40-j. Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung, Tel.: 0 40/28 08 96-17

Hinweise für unsere Mitglieder

Damit wir eure Mitgliederdaten aktuell halten können, benötigen wir eure Mitarbeit: Teilt uns Anschriftenänderungen, Änderungen des Umfangs des Beschäftigungsverhältnis, Eltern- und Erziehungszeiten gern aktuell mit. Einfach unsere GdP-Mitgliederverwaltung unter Tel.: 0 40/28 08 96-17 anrufen.

Die GdP gratuliert

Wenn auf einmal die Welt stillsteht.
Zuverlässige und persönliche Hilfe im Trauerfall – jederzeit.

GBI
Großhamburger Bestattungsinstitut rV

Immer für Sie da.
040 - 24 84 00
www.gbi-hamburg.de

DAS HAMBURGER ORIGINAL
SEIT 1970

Nachrufe

Wir werden den Toten ein ehrendes Andenken bewahren.

DP – Deutsche Polizei
Hamburg

Geschäftsstelle
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
Telefon (040) 280896-0
Telefax (040) 280896-18
gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle
Montag bis Donnerstag
8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag
8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
joern.clasen@gdp.de